Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.

Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 93. Sonnabend, den 16. Juni. 1866

Zur Situation.

— Die „Prov.-Corr." sagt über den Oesterreichischen Antrag: „Das Auftreten Oesterreichs, sowie das vorläufige Verhalten der Bundesversammlung steht im Widerspruch mit dem Bundesrecht. Letzteres kennt ein Einschreiten, wie es hier unter wichtigem Vorwande gegen Preußen versucht worden, überhaupt nicht. Glaubt der Bund ein Recht zur Herstellung der bundesmäßigen Ordnung in Holstein zu haben, so kann dies nur auf dem Wede der Bundes-Execution geschehen, für welche aber ganz bestimmte Formen und Vorbedingungen festgesetzt sind, ohne deren Beobachtung ein Exekutions-Verfahren nicht stattfinden kann. Dagegen zu einer Mobilmachung des Bundesheeres zu schreiten, liegt nicht der mindeste Anlaß und Grund aus dem Bundesrecht vor, da eine Mobilmachung nur zum Zwecke eines Bundeskrieges angeordnet werden darf, ein Bundeskrieg gegen Mitglieder des Bundes aber ausdrücklich untersagt ist. Der Antrag Oesterreichs ist daher von vornherein eine Verhöhnung des Bundesrechts. Derselbe hätte mithin von der Bundesversammlung gar nicht in Betracht genommen werden dürfen: er hätte vorweg und ohne jede Berathung abgewiesen werden müssen. Indem die Versammlung den Antrag überhaupt zuließ, betheiligte sie sich bereits an dem Versuch zum Bruch der Bundesverträge. Vollends würde die Annahme des Oesterreichischen Antrages nicht blos als ein Akt offener Feingseligkeit gegen Preußen, sondern auch als ein entschiedener Bundesbruch aufzufassen und zu behandeln sein. Die Beschlüsse der nächsten Bundestags-Sitzung dürften daher von der höchsten, möglicherweise verhängnißvollsten Bedeutung werden. Die Staaten, welche einen Beschluß im Sinne Oesterreichs zu fassen im Begriff stehen, werden sich die Folgen und die Verantwortung desselben klar zu machen haben."

— Frankfurt a. M., den 13. Juni Die morgende Beschlußnahme des Mobilisirungsantrages, welche nach preußischer Auffassung die Auflösung des Bundes bedeuten würde, weil damit ein Theil gegen den andern Krieg beschließt, wird wahrscheinlich mit Stimmengleichheit erfolgen (8 gegen 8), in welchem Falle die Präsidialstimme Oesterreichs den Ausschlag geben würde. Die Stimme der XVI. Kurie (Lichtenstein, beide Lippe, beide Reuß, Waldeck) wird, da der Gesandte Herr v. Linde krank ist, von Hessen-Darmstadt vertreten, wodurch obiges Stimmenverhältniß hergestellt werden dürfte.

— In der Depesche, welche Preußen an die deutschen Bundesgenossen gerichtet hat, um sie über die Bedeutung des österreichischen Mobilmachungs-Antrages nicht im Zweifel zu lassen heißt es: „Dem Antrage fehlt jede bundesrechtliche Grundlage. Durch Annahme desselben lösen die Betheiligten das Bundesverhältniß und treten den bundeslosen Zustand mit einem Akte der Feindseligkeit gegen Preußen an. Indem dann ausbrechenden Kriege wird Preußen sich nur durch das eigene Interesse und dasjenige der zu ihm stehenden Staaten leiten lassen." Die Depesche konstatirt ferner, daß die Zustimmung zu dem Mobilmachungsantrage für Preußen die militärische Solidarität der zustimmenden Regierungen mit Oesterreich bedeute, welches eine besondere Kriegserklärung dem Mobilmachungsbeschlusse folgen lassen werde. Die Zustimmung werde daher Preußen einer selbstständigen Kriegserklärung jener Regierungen gleich geachtet. Hierauf sollen die zwischen den preußischen Provinzen liegenden Staaten von denen man sich der Annahme des Antrages versieht, noch besonders aufmerksam gemacht und ihnen die Schritte angedeutet worden sein, welche der nothwendige Zusammenhang der preußischen Armeen und die Erhaltung der Verbindung zwischen den Staatsgebieten im bevorstehenden Kriege unabweisbar fordern.

— Frankfurt a. M., den 14. Juni. Der Antrag Oesterreichs auf Mobilisirung der deutschen Bundescontingente wurde in der heutigen Sitzung des Bundestags durch die Majorität angenommen. Der preußische Bundestagsgesandte gab die feierliche Erklärung ab, daß der deutsche Bund Preußen gegenüber gebrochen sei und verließ unter Verwahrung der aus dem bisherigen Bundesverhältniß herrührenden Rechte Preußens die Bundesversammlung.

— Dresden, den 14. Juni. Das officielle „Dresdner Journal" enthält folgendes Telegramm aus Frankfurt a. M.: Die heutige Bundesversammlung beschloß mit 9 gegen 7 Stimmen die Mobilmachung des 7., 8., 9. und 10. Bundesarmeecorps. Der preußische Gesandte erklärte: Er betrachte den bisherigen Bundesvertrag als erloschen; er lege das Project zu einem neuen Bunde vor und erkläre seine Thätigkeit in der Versammlung als beendet. Er verließ nach dieser Erklärung alsbald den Saal. Das Präsidium wies auf den Artikel 1 der Bundes-Verfassung hin und erklärte den Bund als einen unauflößlichen Verein; kein Mitglied desselben habe das Recht, aus demselben auszutreten. Auf die Einladung des Präsidiums schloß sich die Bundesversammlung einem feierlichen Proteste an.

— Weimar, den 14. Juni. In dem preußischen Rundschreiben vom 12. d. an die deutschen Bundesgenossen heißt es: Dem österreichischen Antrage fehlt jede bundesrechtliche Grundlage. Durch die Annahme des Antrags treten die Betheiligten einen bundeslosen Zustand an, mit einem Act der Feindseligkeit gegen Preußen. In dem dann ausbrechenden Kriege wird Preußen sich nur durch das eigene Interesse und dasjenige der zu ihm stehenden Staaten leiten lassen. Die Zustimmung zu dem Mobilmachungs-Antrage gilt Preußen als militairische Solidarität der zustimmenden Regierungen mit Oesterreich, welches eine besondere Kriegserklärung erlassen wird; die Zustimmung wird daher einer selbstständigen Kriegserklärung jener Staaten gleich erachtet. Hierauf werden die zwischen den preußischen Provinzen liegenden Staaten besonders aufmerksam gemacht.

— Die Majorität für den österreichischen Antrag bilden folgendende 9 Stimmen: Oesterreich, Baiern, Sachsen, Würtemberg, Hannover Großherzogthum Hessen, Kurhessen, Nassau und die 16. Kurie (Lichtenstein), Reuß u. s. w.) Zu bemerken ist jedoch, daß einzig und allein Würtemberg ganz wie Oesterreich stimmte, während die übrigen nur für die Mobilisirung ohne österreichische Motive und Ausführungsanträge votirten. In der 13. Kurie Nassau-Braunschweig stimmte Braunschweig gegen den österreichischen Antrag. Die 16. Kurie war nicht vollständig instruirt, glaubte aber doch für Oesterreich stimmen zu dürfen. Die gegen Oesterreich stimmende Minorität bestand neben Preußen aus 6 Stimmen: Sachsen-Weimar und die Thüringschen Herzogthümer (außer Meiningen), Oldenburg-Anhalt-Schwarzburg, Mecklenburg, die freien Städte (außer Frankfurt), Luxemburg und Baden, welches für Verweisung an einen Ausschuß stimmte. Preußen gab gar keine Stimme ab, da es die ganze Verhandlung für bundeswidrig erklärte. Zur Ausführung des heutigen Bundesbeschlusses findet bereits Sitzung der Militär-Kommission statt, aus welcher Preußen ebenfalls schon ausgeschieden ist. Für den 17. d. Mts. ist hier in Frankfurt eine Ministerkonferenz der Bundesgenossen Oesterreichs angesagt. Es soll ein Antrag berathen werden, welcher bezweckt, die Rückgabe Holsteins unter die Verwaltung des Bundes durchzusetzen, event. im Wege der Offensive gegen Preußen. Die Konzentrirung der österreichischen Truppen bei Aschaffenburg bestätigt sich. Die Mainzer und Frankfurter Bataillone sind blos bis dorthin geschoben und haben Halt gemacht.

Ueber den Inhalt des preußisch-italienischen Vertrages wird den „Hamb. Nachr." aus Paris vom 13. Juni telegraphirt: Die beiden Staaten haben sich verpflichtet, 36 Stunden, nachdem von der einen oder anderen Seite der Krieg eröffnet sei, auch ihrerseits die Feindseligkeiten zu beginnen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 15. Juni. Herr v. d. Heydt geht ganz bestimmt mit dem Plane der Ausgabe von Schatzkammerscheinen, und noch dazu in einer ganz erheblichen Höhe, um, meldet die „Elb. Z." Preußen hat diese Art von Staatsschuldpapier noch nicht gesehen, in England kennt man Beides schon seit 1696. Die Exchequer Bills sind eine Vorwegnahme der Staatseinkünfte und liefen ursprünglich für eine bestimmte Zeit, jetzt haben sie innerhalb der Steuerjahre eine unbestimmte Umlaufsfrist. Sie sind verzinslich und das Parlament bestimmt jährlich ihre Höhe. Außerdem werden Exchequer Bonds auf ganz kurze Zeit ausgegeben und deren Zinsen nach dem Taxe berechnet. Frankreich hat dieselbe Einrichtung in den bons de trésor, für welche das Maximum alljährlich durch ein Kaiserliches Decret festgesetzt wird. Es steigt bisweilen bis zu 350 Millionen Frcs. Diese bons de trésor laufen 3, 4 bis 12 Monate und bilden etwa den vierten Theil der schwebenden Schuld. Ihr Zinsfuß wird nach den wechselnden Verhältnissen von Zeit zu Zeit festgesetzt, er ist desto höher, auf je längere Zeit das Geld dargeliehen wird. Das sind die beiden Musterländer der Schatzkammerscheine (in Frankreich sind sie seit 1824 gesetzlich), aber nicht der schwebenden Schuld, von der sie einen Theil ausmachen, denn an diesem Uebel laboriren neben ihnen auch Oesterreich und Rußland in einem hohen Grade. In Frankreich ist sie zu verschiedenen Zeiten in fundirte Schuld verwandelt worden und hat einen beträchtlichen Antheil an deren Höhe. Louis Philipp trat seine Regierung mit einer schwebenden Schuldenlast von 252 Millionen Frcs. an und hinterließ eine solche von 630 Millionen. Durch einen Gewaltstreich der provisorischen Regierung wurde von der schwebenden Schuld so viel consolidirt, daß 1849 nur noch 22 Mill. übrig blieben und nach neuen Vermehrungen und Verminderungen betrug sie 1865 wieder 240 Millionen Frcs. In Frankreich und England sind die Schatzscheine gesetzliche Anerkenntnisse der Staatsschuld und dort wie in Oesterreich, Rußland und in Folge des letzten Krieges auch in Nordamerika, ist die schwebende Schuld eine Erleichterung der schweren Lasten der Staatsschuld überhaupt. In Preußen hat man zur letzteren glücklicherweise nur ganz ausnahmsweise zu greifen gebraucht und sie immer sehr bald getilgt. So viel als möglich wird sich eine gute Finanzverwaltung vor ihrer Einführung hüten, und Preußen hat noch so viel Credit, daß es unter jetzigen Verhältnissen wohl im Stande wäre, das in den Geschäften brachliegende Geld durch eine gesetzlich genehmigte Anleihe an sich zu ziehen. — Zu einer solchen gehören aber andere politische Zustände, als sie bei uns bestehen. — Ein hiesiger Gewerbtreibender hat die Lieferung der von dem Könige befohlenen Abzeichen der Offiziere statt der Epauletten für den Kriegsfall übernommen, deren Zahl sich auf 60,000 Paare beläuft. Das Abzeichen für die Leutenants bis zum Hauptmann ist eine ungefähr zwei Finger breite silberne weiß und schwarz durchwirkte Tresse mit einem Vorstoß von Tuch in der Farbe des Armeecorps. Für die Majors bis Obersten sind silberdurchwirkte schwarze und weiße zwei Finger breite und für die Generalität ungefähr eine Hand breite silberne und goldene Raupen bestimmt. Der Rang ist bei jeder Garnitur durch einen oder zwei Sterne bezeichnet, wie auf den Epaulettes, nur daß die Sterne nicht neben, sondern übereinander stehen und dazwischen die Nummer des Regiments oder die sonstige Bezeichnung desselben. Diese Abzeichen sollen binnen 14 Tagen fertig an die Regimenter abgeliefert werden.

— Der Kronprinz hat, wie man hört, sein Hauptquartier vom Schlosse Fürstenstein nach Neisse verlegt.

— Nach der „Voss. Ztg." steht für den Fall der Annahme des Mobilmachungsantrages die Einberufung der Cadres von 116 Bat. Landwehr zweiten Aufgebots, die aber meist durch Ersatz-Reserven ausgefüllt werden sollen, zu erwarten. Auch sollen im Kriege Freicorps als Streif- und Partisanencorps aus Freiwilligen gebildet werden.

München, den 15. Juni. Die offizielle „Bayerische Zeitung" meldet: Der preußische Bundesreformvorschlag ist bayerischer Seits abgelehnt worden, schon wegen der im Artikel 1 enthaltenen Forderung des Ausschlusses Oesterreichs aus dem deutschen Bunde.

Hannover, den 14. Juni. Es heißt hier, daß die hiesige Regierung das Ansuchen Preußens, betr. den Durchzug einer Division von den Herzogthümern nach Westphalen und der Provinz Sachsen, beanstandet habe.

Frankfurt, den 12. Juni. In unserer Stadt

ging es gestern Abend und die ganze Nacht hindurch außerordentlich geräuschvoll zu. Laut singend durchzogen Arm in Arm die Oesterreichischen und Preußischen Truppen miteinander die Straßen; aus den Wirthshäusern erscholl das Klirren der zum Abschied angestoßenen Gläser. Volle Eintracht herrschte unter den Truppen, es war ein Herzen, Küssen, Umarmen und Händedrücken ohne Ende. Wer diese Scenen beobachtete, konnte kaum glauben, daß dieselben Männer vielleicht in den nächsten Tagen schon sich mit den Waffen in der Hand bekämpfen werden. Dem Bataillon des Oesterreichischen Regiment Nobili und dem 30. Preußischen Infanterie-Regiment, welche seit einer Reihe von Jahren einen Theil der hiesigen Besatzung bildeten, folgt wegen ihrer strengen Disciplin und ihrem stets kameradschaftlichen Verhalten die allgemeine Achtung. Um 6½ Uhr ging der erste und gegen 9 Uhr der zweite Extrazug der Main-Weser-Eisenbahn mit dem 30. Preußischen Infanterie-Regiment nach Wetzlar. Das Frankfurter Offiziercorps mit der Bataillonsmusik gab den Scheidenden das Geleite, während eine große Menge Menschen auf dem Bahnhofe, theils sichtlich ergriffen den letzten Gruß, das letzte Lebewohl herzlich erwiderte.

Kassel, den 14. Juni. Der Mobilmachungsbefehl für die kurhessischen Truppen soll gestern erlassen sein. Gelegentlich des offiziellen Empfanges der durchpassirenden österreichischen Truppen hat der preußische Gesande sich veranlaßt gesehen, in energischer Weise die kurfürstliche Regierung zu interpelliren und soll nur die alsbald erfolgte befriedigende Rückäußerung Seitens der Regierung das fernere Verbleiben des preußischen Gesandten ermöglicht haben.

Oesterreich. Der preußische Botschafter Frhr. v. Werther erhielt seine Päffe zugestellt, weil Oesterreich den Rückzug der österreichischen Truppen aus Holstein als einen preußischer Seits erzwungenen Act ansehe.

— Am 12. wird die Nordarmee einen Vormarsch gegen die schlesische Grenze zu machen. Es kam gestern Abend der Befehl, alle Truppen, welche an der Nordbahn aufgestellt und bereits aus ihren Cantonnements an die Sammelörter zusammengezogen waren, sofort in Eilzügen nach Mähren zu befördern. So sind am heutigen Tage die Truppen von Oswięcim, Biala, Chiby und Oderberg, nämlich die Regimenter Erzherzog Carl Ferdinand, Erzherzog Joseph, Baron Schmerling, 2 Jäger-Bataillone und 2 Batterien, in aufeinanderfolgenden Zügen über Oderberg und Olmütz nach Hohenstadt in Mähren abgegangen. Dort werden sie mit andern Truppen zusammen ein Lager beziehen. Einzelne Bataillone werden aber bis nach Grulich vorgeschoben. Gleichzeitig haben wir noch erfahren, daß die um Troppau liegenden Truppen alle nach Norden zu gegen die Grenze marschirt sind, so daß von morgen an die ganze Strecke von Jauernig bis Chrzanow von Militair entblößt sein wird und nur noch in Krakau ca. 6000 Mann liegen. Aus alledem geht hervor, daß man jetzt Front gegen das um Schweidnitz aufmarschirte Heer machen will. Außerdem haben wir auch vernommen, daß das Hauptquartier nach Brüsau verlegt werden und Olmütz nicht mehr Mittelpunkt der Stellung, sondern rechter Flügel sein soll. Es ist damit das Heer concentrirter und die lang ausgedehnte Cordonstellung verlassen. Freilich wird dadurch die Nordbahn einer Isolirung Krakaus gegeben.

Frankreich. Von Seiten des Britischen und Russischen Kabinets sind hier Eröffnungen gemacht worden, welche ein Zusammengehen der drei neutralen Mächte auch für den Fall des Krieges anbahnen sollen. Die drei Höfe würden nicht nur den Krieg möglichst eng zu umgrenzen suchen, sondern im passenden Augenblicke auch wieder als Friedensstifter ihre Stimme erheben.

— Die Opposition hatte sich auf eine große Debatte über die Lage Europas und die von Frankreich zu nehmende Stellung gerüstet und Jules Favre die Hauptrolle zugetheilt. Doch der Kaiser kam ihr zuvor, indem er die seit mehreren Tagen angekündigten Botschaften in Form eines offenen Briefes an Herrn Drouyn de Lhuys im gesetzgebenden Körper vorlesen und die Diskussion über Dinge, die zur Berathung noch nicht rief, kurzweg durch ein Votum der Majorität abschneiden ließ. Die Kundgebung für den Frieden, von der im voraus so viel Wesens gemacht wurde, ist mit diesem Vertrauensvotum ins Wasser gefallen. Das von Herrn Rouher verlesene kaiserliche Schreiben erhielt an vielen Stellen die Beifallsrufe der Majorität, und auf das Verlangen des Staatsministers, daß die deutschen und italienischen Angelegenheiten nicht diskutirt werden mögen, wurde von allen Seiten der Schluß der allgemeinen Diskussion beantragt. Vergeblich legten J. Favre, Thiers und selbst der Vicepräsident Alfred Leroux Widerspruch ein; der Schluß wurde mit Enthusiasmus von 262 gegen 34 Stimmen ausgesprochen und die Kammer ging nun zur Diskussion des rectificativen Budgets über. Es wurde ohne Debatten genehmigt und dann inmitten einer lebhaften Anregung die Sitzung geschlossen. Der Brief des Kaisers macht auf den ersten Blick in der That den Erndruck der Unumwundenheit und Offenherzigkeit. Auch enthält er über die letzten Ziele der kaiserlichen Politik manche schätzbare Andeutungen, den Mittelstaaten stellt er eine engere Vereinigung und bedeutsamere Rolle in Aussicht, wobei wohl an eine gesonderte südwestdeutsche Gruppe gedacht wird, eine Form der Trias, welche immerhin in bedenklicher Weise an den Rheinbund erinnern würde. Preußen soll durch Verbesserung seiner Grenzen und geschlossenere Abrundung im Norden verstärkt werden, was übrigens, beiläufig bemerkt, noch keineswegs eine absolute Vergrößerung des preußischen Staatsgebiets voraussetzt; im Westen könnte es nach früheren Andeutungen manches aufgeben müssen, was im Norden zugelegt würde. Oesterreich soll seine Stellung in Deutschland behalten, aber ihm gegenüber ist die feierliche Erklärung von besonderer Wichtigkeit, daß Frankreich das in Italien begonnene Werk nicht zu Grunde gehen lassen werde, und die sehr energisch ausgedrückte Forderung der Abtretung Venetiens. Leider wird die Hauptfrage, welche Deutschland Frankreich gegenüber vor allen anderen stellen muß, in vollständigen Unklarheit gelassen. Wo nämlich die etwaigen Erwerbungen und Ansprüche Frankreichs bei einer Störung des europäischen Gleichgewichts, d. h. einer kräftigeren Organisation des gesammten Deutschlands in Frage kommen, wird der Brief unlogisch. Frankreich will keine Vergrößerung, so lange das europäische Gleichgewicht ungestört bleibt, heißt es; dieser Satz soll erläutert werden durch den folgenden: „Wir könnten in der That nur an eine Ausdehnung unserer Grenze denken, wenn die Karte Europa's zum ausschließlichen Vortheil einer Großmacht geändert würde, und wenn die Nachbar-Provinzen durch ein freies Votum die Annexion an Frankreich verlangten.“ Diese beiden „Wenn“ werden koordinirt, als wenn sie nothwendig zusammenfielen. Wie also, wenn etwa Preußen sich vergrößerte und die Rheinlande dennoch deutsch bleiben wollten? Darauf bleibt der Kaiser die Antwort schuldig. Er versichert freilich, daß er die Unabhängigkeit und die Nationalität seiner Nachbarn respektiren werde, aber das ist doch nur eine sehr allgemein gehaltene Wendung. Nach dem kaiserlichen Briefe kann man übrigens mit Bestimmtheit erwarten, daß Frankreich neutral bleiben wird, bis es mit voller und ungeschwächter Kraft bei der neuen Ordnung der Dinge sein Gewicht in die Wagschale legen kann. Eine Beruhigung über einseitige Betonung der frauzüsischen Interessen soll wohl die Versicherung geben, daß das Einvernehmen der drei neutralen Mächte auch während des Krieges aufrecht erhalten bleiben soll.

Italien. Garibaldi begab sich in der Nacht vom Sonntag auf den Montag in Genua ans Land und, wie es heißt, direkt nach Como, um den Oberbefehl über die Nordarmee zu übernehmen, die bekanntlich ganz aus Freiwilligen besteht. Prinz Napoleon geht von Paris wieder nach Florenz; er sollte am 11. oder 12. abreisen. Der General Govone traf am 9. von Berlin in Florenz ein. Diese drei Nachrichten, die in Wechselbeziehung stehende Thatsachen berühren, deuten nahe Ereignisse an. Das „Pays“ spricht von einem am 7. abgehaltenen Ministerrathe in Florenz, dem Hr. v. Usedom beigewohnt habe; in diesem sei beschlossen worden, „daß der von den beiden Mächten unterzeichnete Bundesvertrag unverzüglich in Ausführung treten solle“.

— General Garibaldi wird am 12. in Florenz erwartet; sein Sohn Menotti ist bereits nach Barletta abgereist, um das Kommando des 5. Freiwilligen-Regimentes als Oberstlieutenant zu übernehmen. Unter den Oberoffizieren, welche die Freiwilligen befehligen sollen, nennt man auch den General Pallavicini, derselbe, welcher vor vier Jahren bei Aspromonte den Angriff gegen das Garibaldische Korps leitete und darauf sich bei der Ausrottung der Briganten sehr thätig erwies. Garibaldi stellte selbst das Verlangen, diesen tapfern General an seiner Seite zu haben. Daß Garibaldi nicht blos in militärischer, sondern auch in politisch-diplomatischer Hinsicht mit der Regierung einverstanden ist, beweist die feine Art, womit er das Ansinnen zurückwies, eine polnische Legion zu bilden, indem er Diejenigen, welche den unzeitigen Vorschlag machten, an die Regierung und die Kommission für die Bildung der Freiwilligenkorps verwies. So groß auch hier die Sympathien für Polen sind, so hat man doch niemals eine aktive Einmischung in die polnischen Angelegenheiten für eine gute und Italien ersprießliche Politik angesehen, und der Abgang des Obersten Nullo und Anderer, welche jener Sache ihr Leben opferten, wird jetzt bei der Organisirung der Freiwilligen schmerzlich empfunden. Eine starke und einflußreiche Partei unter den Polen ist überdies, wie der Aufruf des Fürsten Czartoryski zu Bildung einer polnischen Legion im Dienste Oesterreichs beweist, mit Italien nicht befreundet, weil dieses sich mit dem römischen Stuhle überworfen hat, während jene Partei auf die Gunst und die moraliche Unterstützung des Papstes rechnet. Die Haltung der italienischen Regierung in Betreff Polens ist sehr reservirt und den Umständen angemessen. — Kossuth hat auf die vielen Anfragen, welche von seinen Landsleuten an ihn wegen der unter den gegenwärtigen Umständen von ihnen einzunehmenden Haltung gerichtet worden sind, eine Kollektiv-Antwort ertheilt, worin er seine Freunde ermahnt, vorerst ruhig zu bleiben und den Gang der Ereignisse abzuwarten; er würde in der Folge ihnen die nöthigen Mittheilungen machen in Gemäßheit der Verabredungen, die er inzwischen mit den Häuptern der magyarischen Bewegung getroffen haben werde, diejenigen, welche von ganz besonderer Kampflust beseelt seien, möchten sich in die ungarische Legion einreihen lassen. — In Mailand ist man reaktionären Umtrieben unter dem Klerus auf die Spur gekommen, in Folge deren mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden. — Zu Neapel wurden die Akten der Voruntersuchung über die letzten Reaktionsversuche der gerichtlichen Behörde übergeben, welche gegen die Verhafteten das Kriminalverfahren einleiten wird; die Zahl der Angeklagten soll sich auf 200 belaufen; es befinden sich darunter fast alle Leiter der letzten bourbonischen Verschwörung.

Lokales.

— **Personalia.** Die Zurücksetzung liberaler Beamter hält noch immer an. Nach Mittheilung der „Danz. Zeit.“ sind die Herren Kreisrichter Lesse zu Thorn — dieser wiederholt und Chomse zu Culm, obschon sie an der Reihe waren, nicht zu Gerichtsräthen ernannt worden.

— **Urwählerversammlung.** Am Freitag d. 15. Nachm. 4 Uhr, hatte im Saale des Artushofes die von den Herren v. Borries, Donner nebst Genossen einberufene Versammlung von Urwählern statt, deren politische Kennzeichnung uns schwer fällt, da aus dem Wahlaufruf dieser Herren schwer ein scharf zu präcisirendes politisches Glaubensbekenntniß nicht zu entnehmen ist. Ihre Parole wie bekannt: „Keine Wiederwahl der früheren Abgeordneten! Keine Wiederwahl eines Parteimannes!“ — Dies bloß negative Verhalten hatte sehr viele liberale Wähler bestimmt, die Vers. zu besuchen, um die in Vorschlag zu bringenden Abgeordnetenhaus-Kandidaten kennen zu lernen. Es war dies sicher keine müssige Neugier! — Herr v. Kries jedoch, welcher der Vers. präsidirte, hob sogleich in seiner Eröffnungsansprache hervor, daß der Saal von den Veranstaltern der Vers. nur für ihre Gesinnungsgenossen gemiethet sei und daher die Liberalen fortgehen müßten. Her Landrath Steinmann nahm darauf Veranlassung, Herrn Maurermeister E. Schwartz, als Unterzeichner des liberalen Wahlaufrufs, sowie Herrn Marquart, gleichfalls Mitglied des liberalen Wahl-Comités, den Saal zu verlassen speziell aufzufordern, bemerkend, daß man „das Hausrecht brauchen“ würde gegen alle Anhänger der Wiederwahl. Wir heben hier hervor, daß es nicht Sitte in liberalen Versammlungen ist, aus diesen politische Gegner und Vertreter der gegnerischen Presse auszuweisen. Abgesehen von allen anderen Gründen begiebt man sich so des Vortheils, Andersdenkende für seine Ansicht zu gewinnen. Herr K. Marquart hatte, gestützt auf jene Sitte, auch nur als Beritchterstatter des hiesigen Blatts, wie derselbe Herrn Landrath Steinmann mittheilte, den Zulaß zur Vers. begehrt. Mit den beiden Herren verließ sofort eine große Anzahl Anwesender deu Saal, so daß etwa 50 Personen, sehr wenig größere und kleinere Grundbesitzer, ferner Beamte, darunter die Mehrzahl Unterbeamte, zurückblieben. — Nach dem, was wir über den ferneren Verlauf der Vers. zuverlässigerseits hörten, hat eine Debatte nicht stattgefunden. Man schlug Kandidaten vor und einigte sich auf die Herren: v. Sänger-Grabowo, Besitzer von Grabia, und den K. Reg.-Schulrath Wanjura zu Marienwerder, auf den letzteren, um einen Kompromiß mit der liberalen katholisch-polnischen Fraktion im Kreise Thorn-Culm zu ermöglichen. Genannt wurden noch als Kandidaten die Herren Rent. Borrmann in Graudenz und Dekan Kloss wski in Grzywno.

— **Kommerzielles.** Der „Staatsanzeiger“ v. 14. bringt folgende Bekanntmachung der Minister des Innern und der Finanzen: Die Ausfuhr sämmtlicher Mühlenfabrikate aus Getreide und Hülsenfrüchten, Bäckereiwaaren, Rind- und Schafvieh über die Grenze von Thorn bis Seidenberg an der sächsischen Grenze ist verboten.

— **Beschlagnahme.** Das liberale Flugblatt „An die Wähler des Wahlkreises Thorn-Culm“, welches eine Entgegnung auf die Wahlansprache der Herren Donner nebst Genossen enthielt und am 12. d. Mts. mit Beschlag belegt wurde (s. Nr. 91 u. Bl.) ist heute, Freitag d. 15. d., vom Königl. Kreisgericht, wie allgemein verlautet, freigegeben worden.

Am selbigen Tage, Vormittags, wurde eine Wahlansprache des liberalen Wahl-Komités (die Herren Behrensdorff-Thorn, Elsner-Papau, Feldt-Lonzynnek, Heins-Thorn, Lambeck-Thorn, Lau-Gurske, Lipka-Podgórz, C. Marquart-Thorn, B. Meyer-Thorn, R. Neumann-Thorn, J. Pansegrau-Niszewken, Pichert-Culmsee, G. Prowe-Thorn, Rafalski-Cichoradz, Schmidt-Richnau, Schulz-Schmolln, E. Schwarz-Thorn, J. Weigel-Leibitsch, R. Wentscher-Rosenburg, Werner-Thorn, Zittlau-Gurske) an die „Wähler!“ im Interesse der Wiederwahl der früheren Abgeordneten seitens der städt. Polizeibehörde mit Beschlag belegt. Gleichzeitig wurde von dieser Behörde nach Exemplaren dieser Druckpiece nicht nur in der Officin der Rathsbuchdruckerei v. E. Lambeck, in welcher die Wahlansprache gedruckt worden war, sondern auch bei dem Literaten Herrn C. Marquart und Herrn Dr. Brohm Haussuchung gehalten. Bei letzteren fand man kein, in der Offizin nur sehr wenige Exemplare.

— **Mahnung an die Zeitungen.** Die „Prov.-Korr.“ enthält eine „Mahnung an die Zeitungen“, welche für den Fall eines Krieges auf Grund des Art. 111 der Verfassung schwere Beschränkungen der Preßfreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts in Aussicht stellt. Die Mahnung des halboffiziellen Blattes, deren Tragweite keines weitereren Kommentars bedarf, lautet:

„Bald nach dem Eintritt der preußischen Rüstungen hat die Regierung den Patriotismus der preußischen Zeitungs-Redaktionen dahin in Anspruch genommen, daß sie bedenkliche Mittheilungen übee militärische Vorgänge und Anordnungen möglichst vermeiden möchten. Dem in dieser Beziehung geäußerten Vertrauen haben die öffentlichen Blätter fast überall entsprochen.

Aber Angesichts der inzwischen erhöhten Gefahren und des drohenden Ausbruchs des Krieges muß die Staats-Regierung gesteigerte Anforderungen an die preußische Presse stellen. Die überaus wichtigen vaterländischen Zwecke, für welche das preußische Heer kampfbereit versammelt ist, erfordern die volle Hingebung und kräftige Unterstützung des preußischen Volks in allen seinen Theilen und Organen. Die Zeitungen werden es daher unter den jetzigen Umständen mehr und mehr als eine Ehrenpflicht erkennen müssen, die Hingebung des Volkes für die höchsten vaterländischen Interessen, um die es sich gegenwärtig handelt, auf jede Weise zu fördern. Gerade jetzt werden die öffentlichen Blätter die Gelegenheit und die unzweifelhafte Pflicht haben, ihre hohe Bedeutung für Belehrung und für Kräftigung des Volksgeistes zu bewähren.

Im Artikel 111 der Verfassungs-Urkunde ist festgesetzt, daß für den Fall eines Krieges bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die sonst geltenden gesetzlichen Bestimmungen iu Bezug auf eine Reihe öffentlicher Rechte und Freiheiten, insbesondere auf die Freiheit der Meinungsäußerung, das Vereins- und Versammlungsrecht u. s. w. außer Kraft gesetzt werden können. Die Regierung würde von dieser ihr ertheilten Befugniß sowohl der Presse wie den Vereinen und Versammlungen gegenüber unfehlbar in dem

Augenblicke Gebrauch machen müssen, wo die öffentliche Sicherheit durch die Haltung derselben gefährdet würde. Von der Haltung der Parteien namentlich in den öffentlichen Blättern wird es abhängen, ob die Regierung in die Nothwendigkeit versetzt werden soll, außergewöhnliche Schritte zu thun. Die Regierung hat in dieser Beziehung zunächst eine ernste Mahnung an alle Herausgeber von Zeitungen richten lassen, zugleich aber eine verschärfte Aufsicht der Behörden zur Verhütung aller unpatriotischen oder aufregenden Aeußerungen der öffentlichen Blätter angeordnet."

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Steuerkredite.** Berlin, den 14. Juni. Ueber die in Betreff der Steuerkredite jetzt zur Geltung kommenden Grundsätze sagt der „Staats-Anzeiger":

Nach einer von dem Herrn Finanzminister an die Provinzial.Steuerdirektoren erlassenen Verfügung soll an diejenigen Personen, welchen indirekte Abgaben als: Zölle, Branntweinsteuer, Rübenzuckersteuer und Kartenstempel gestundet sind, die Aufforderung gerichtet werden, die gestundeten Abgabenbeträge, nach Abzug einer, nach dem jeweiligen Diskonto der Preußischen Bank zu berechnenden Zins-Vergütung, sofort einzuzahlen oder über diese Abgabenbeträge diskontable Wechsel auszustellen und solche der Staatskasse zu übergeben, welche dieselben entweder diskontirt oder den Betrag seiner Zeit einziehen wird.

Die Bewilligung eines Kredits auf die erwähnten indirekten Abgaben wird nach Maßgabe der bestehenden Vorschriften, wie seither, auch ferner stattfinden. Sofern jedoch diese Kredite von den Kreditnehmern nicht alsbald durch baare Zahlung gegen die vorgedachte Diskonto-Vergütigung abgelöset werden, soll die Bewilligung unter der Bedingung erfolgen, daß über die im Laufe eines Monats gestundeten Beträge, sobald sie die Summe von 100 Thlr. erreichen, diskontable Wechsel ausgestellt und an die Staatskasse eingesendet werden müssen.

Die Zinsvergütung von 5 Prozent, welche für die vor dem Verfalltermine bereits eingezahlten Steuerkredite gewährt worden, ist nachträglich auf den Betrag des zur Zeit der Zahlung bestandenen Diskonto's der Preußischen Bank erhöht und danach die entsprechende Nachzahlung angeordnet worden.

Berlin, den 15. Juni. Roggen matt 43¼. — Spiritus 12½. — Ruff. Banknoten 64¼.

Danzig, den 15. Juni. Weizen mehr oder weniger ausgewachsen, von 54/76 Sgr.; gesund von 71/88 Sgr. p. 85 Pfd. — Roggen von 47/50 Sgr p. 81⅝ Pfd. — Spiritus ohne Zufuhr.

Thorn, den 16. Juni. Es wurden nach Qualität und Gewicht bezahlt, für

Weizen: Wispel gesund 36—64 thlr.
Roggen: Wispel 30—32 thlr.
Erbsen: Wispel weiße 33—40 thlr.
Gerste: Wispel kleine 28—30 thlr.
Hafer: Wispel 20—22 thlr.
Kartoffeln: Scheffel 13—15 sgr.
Butter: Pfund 5½—6 sgr.
Eier: Mandel 3—3¼ sgr.
Stroh: Schock 10—12 thlr.
Heu: Centner 25—30 sgr.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch Papier 154 pCt. Russisch Papier 154¼ pCt. Klein-Courant 40—44 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken 13—15 pCt. Neue Kopeken 45 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 15. Juni. Temp. Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 1 Fuß 5 Zoll.
Den 16. Juni. Temp. Wärme 13 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 1 Fuß 4 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt. Aus welchen Gründen wird von den im Freien Badenden, im Gegensatze zu den vorigen Jahren, das volle Brückengeld erhoben, während die im Badeschiffe Badenden nur 6 Pf. Brückenzoll zahlen? — Schleunigste Beseitigung dieser Ungleichheit liegt so im Rechte, wie in der Billigkeit.

Jeder Badende überschreitet zu gleichem Zwecke nur die erste Brücke, daher das Verlangen nach gleicher Brückenzollerhebung durchaus gerechtfertigt ist. Unmöglich kann es in der Absicht liegen durch Erhöhung des Brückengeldes für die anderwärts Badenden, ein Privilegium für das Badeschiff zu schaffen.

N. N.

Aufruf.

An unsere Mitbürger in Kreis und Stadt Thorn.

Der Krieg, welcher unserm Vaterlande lange gedroht hat, erscheint nun unvermeidlich; sein Ausbruch ist vielleicht in den nächsten Tagen zu erwarten. Ist unsere Armee, die im Felde steht, so groß, ist der Haß der Feinde so erbittert, wie kaum je zuvor, so wird menschlicher Berechnung nach auch das allgemeine Elend im Gefolge dieses Krieges ein unermeßliches sein. Doch die werden am härtesten betroffen, welche in eigener Person für das Vaterland streiten, und mit ihnen alle die Frauen, Kinder, Greise, welchen sie bisher die einzige Stütze waren. Schon jetzt sind viele Familien, deren Ernährer zu den Fahnen gerufen wurden, in bedrängte Lage gerathen; dem Soldaten im Felde droht, abgesehen von Krankheiten, denen er dort, zumal in dieser Jahreszeit, ausgesetzt ist, Verwundung und Verstümmelung; jeder Zusammenstoß draußen wird viele in der Heimath zu hilflosen Wittwen und Waisen machen.

Solchem vorhandenen und mehr noch bevorstehenden Elende mit ganzer Kraft helfend entgegenzuwirken, erscheint als die dringlichste Pflicht Aller. Nachdem uns in unserm Vaterlande weit und breit Männer und Frauen in dieser Richtung vorangegangen, sind auch wir Unterzeichnete hierorts zu einem Vereine, der jenen Zweck in Kreis und Stadt Thorn zu verwirklichen sich zur Aufgabe stellt, zusammengetreten. Alle unsere Mitbürger, denen Gott ein Uebriges gab, fordern wir demnach auf, mit uns gemeinsam zu wirken und uns durch Beiträge reichlich zu unterstützen.

Wir wollen, wie wir ausdrücklich erklären, das durch den Krieg entstehende Elend zu lindern suchen, in welcher Gestalt und an welchem Orte wir es finden, doch so, daß wir unsere Fürsorge vornehmlich denjenigen Soldaten, welche aus unsrer Garnison und unsrem Kreise in das Feld gezogen sind, und den zurückgebliebenen Familien derselben zuwenden.

Ueber unsere Thätigkeit gedenken wir von Zeit zu Zeit öffentlich Rechenschaft abzulegen. Die Gaben werden durch einige der unterzeichneten Mitglieder oder durch andre Vertrauensmänner eingesammelt werden.

Thorn, den 7. Juni 1866.

Der Verein zur Unterstützung der in's Feld gezogenen Krieger und ihrer Angehörigen in Stadt und Kreis Thorn.

Adolph, Kaufmann. **Behrensdorf**, Zimmermeister. **Beyerle**, Polizeiinspektor. **von Borries**, Gerichtsdirektor. **Eilsberger**, Garnisonprediger. **Hanow**, Gerichtsrath. **Gerson Hirschfeld**, Kaufm. **Kaun**, Bürgermeister a. D. **Kierschner**, Assistenzarzt a. D. **v. Kries**, Kreisdeputirter. **Dr. Kugler**, prakt. Arzt. **Lehnerdt**, Gymnasialdirektor. **Reineke sen.**, Maurermeister. **Simon**, Garnisonauditeur. **Steinmann**, Landrath. **von Stückradt**, Generalmajor. **Wallis**, Buchhändler. **Weinschenk**, Gutsbesitzer.

Kirchliche Nachrichten.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Getauft: Den 10. Juni Friedrich Wilhelm Oskar, S. d. Gefangenw. Hildebrand; Johann Friedrich, S. d. Kutscher Obermüller; Friedrich Carl, S. d. Dr. Lehmann; Friedrich Wilhelm Oskar, S. d. Diener Klinck; Hedwig Agnes, T. d. Buchh. Neuber.

Getraut: Der Zimmerg. Carl Scherlach mit Igfr. Amalie Scheffler.

Gestorben: Den 10. Juni Maria unehl. T. 5 M. 17. T. alt am zahnen; d. 13. Olga T. d. Kanzelisten Ludwig 3 M. alt an Lungenentzündung.

In der St. Johannis-Kirche.

Getauft: Den 5. Juni Alexander und Wladislaw, Zwillingss. d. Schuhm. Franz Szymancki; d. 8. Maria Johanna, T. d. Glöckn. Ludw. Szymanski; d. 14. Johann Franz. S. d. Arb. Kisielewski.

Gestorben: Den 12. Juni Constantin Johann, S. d. Schneiderm. Reymanczykowski, 4 M. 4 T. alt, an Unterleibsentzündung; d. 13. Theophil, S. d. Schuhm. Woyciechowski, 1 M. 20 T. alt, am Durchfall.

In der St. Marien-Kirche.

Getauft: Den 3. Juni. Johann, S. d. Lipertowicz zu Weißhof d. 4. Gustav Felix, unehl. S. zu Kl. Mocker; am 6. Juni ist dem Gärtner Carl Strauß zu Catharinenflur eine T. todtgeboren.

Gestorben: Den 1. Juni Franz, S. d. Hausb. Jankowski zu Fisch.-Vorst., 7 J. 2 M. alt, am Typhus; d. 2. Catharina, T. d. Einw. Nadolski zu Przysiek, 2 J. 6 M. alt, an Masern; d. 3. Johanna, T. d. Eigenth. Witkowski zu Rubienkowo, 2 M. alt, an Krämpfen.

In der neustädt. evangelischen Stadt-Gemeinde.

Getauft: Den 10. Juni Emma Auguste, T. d. Oberbahnw. Guderlai; d. 14. Albertine Amalie Gertrud, T. d. Kgl. Kreisger.-Calcul. Richart.

Gestorben: Den 10. Juni der Inval. Otto, an Altersschwäche, 91 J. alt.

In der St. Georgen-Parochie.

Getauft: Den 10. Juni Florenthine Rosamunde Maria, T. d. Unverehel. Tober; d. 13. Ferdinand Wilhelm, S. d. Einw. Bruskiewitz in Finkenthal.

Gestorben: Den 10. Juni der Arb. Krause in Bromb. Vorst., 39 J alt, an der Lungenentzündung.

Es predigen:

Dom. III. p. Trinit., den 17. Juni cr.

In der altstädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Gessel.

Militär-Gottesdienst, 12 Uhr Mittags Herr Garnisonprediger Eilsberger.

Nachmittags Herr Superintendentur-Verweser Pfarrer Markull.

Freitag, den 22. Juni Herr Pfarrer Gessel.

In der neustädtischen evangelischen Kirche.

Vormittags Herr Pfarrer Dr. Güte.

Nachmittags Herr Pfarrer Schnibbe. (Katechisation.)

Dienstag, den 19. Juni Morgens 8 Uhr Herr Pfarrer Dr. Güte.

Mittwoch, den 20. Juni Abends 6 Uhr Bibelstunde Herr Pfarrer Schnibbe.

In der evangelisch-lutherischen Kirche.

Vormittags 9 Uhr Herr Pastor Rehm.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.